

Arbeitslosigkeit und Auswanderung

Autor(en): **Fehlinger, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352775>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arbeitslosigkeit und Auswanderung.

Von H. Fehlinger.

Die Erschliessung von Neuland in Uebersee und die Expansion der Wirtschaft im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts liessen lange Zeit hindurch die Gefahr einer Ueberbevölkerung Europas als nicht vorhanden annehmen. Seit dem Weltkrieg sind jedoch die Verhältnisse wesentlich andere geworden und es gibt heute in Europa allein ungefähr zehn Millionen Menschen, für deren Arbeitskraft kein Bedarf ist. Sie müssen grösstenteils, zusammen mit ihren Angehörigen, aus öffentlichen Mitteln versorgt werden. Der Bevölkerungsdruck ist auch einer der Hauptanlässe des Ausdehnungsdrangs mancher Staaten, wie Italiens und Japans, der den Frieden gefährdet. Dabei ist noch zu bedenken, dass der Militärdienst und die Rüstungsindustrie in unserer Zeit viel mehr Menschen in Anspruch nehmen als vor dem Weltkrieg.

Man kennt die wirtschaftlichen Tatsachen, die den Ueberschuss an Arbeitskräften verursachen: Infolge der rasch fortschreitenden Industrialisierung ehemaliger Rohstoffgebiete sind die Exportmöglichkeiten der alten Industrieländer stark eingeschränkt worden. Es kommt sogar bereits vor, dass japanische und indische Industrieerzeugnisse in Europa auftauchen. Die Rationalisierung der Produktion hat dahin geführt, dass eine weit grössere Gütermenge als ehemals mit weniger Arbeitskräften erzeugt werden kann. Die Handels-, Währungs- und Lohnpolitik hat in vielen Ländern die Konsumkraft der Bevölkerung nachteilig beeinflusst und es ist nicht abzusehen, wann es zu einer Abkehr von dieser Politik kommen wird.

Am meisten zu leiden haben jene Länder, deren Wirtschaft bisher zu einem beträchtlichen Teil auf den Export eingestellt war. Infolge der Beschränkungen des Aussenhandels weisen die Betriebe, die grossenteils für den Export zu arbeiten pflegten, einen starken Rückgang der Personalstände auf. Dieser Rückgang ist im ganzen bedeutend grösser als die Betriebserweiterungen, die sich dank der Einfuhrkontingentierungen bei den Industrien ergeben, die vornehmlich den einheimischen Bedarf versorgen.

Seit anderthalb Jahrzehnten bemühen sich nun Volkswirte, wirtschaftliche Organisationen und Behörden, Wege zur Beseitigung oder doch Milderung der Massenarbeitslosigkeit zu finden. Von verschiedenen Seiten ist dabei die Förderung der Auswanderung empfohlen worden, ohne dass man jedoch bisher in der Praxis, von der jüdischen Kolonisation in Palästina abgesehen, weiter als zu einigen recht schüchternen Versuchen gekommen wäre. Im Gegenteil ist in der Nachkriegszeit die zwischenstaatliche Wanderung in Europa und die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika fast ganz unterbunden worden. Um

den eigenen Staatsangehörigen vermehrte Beschäftigungsgelegenheiten zu sichern, wurden in den meisten Ländern durch die Gesetzgebung oder auf administrativem Wege in der Regel sehr weitgehende Beschränkungen des Einwanderungs- und Niederlassungsrechts ausländischer Arbeiter und Angestellter verfügt. Dort, wo man zuerst zu diesem Mittel griff, hatte es vorübergehend eine vorteilhafte Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Sowie aber Staat um Staat dem gegebenen Beispiel folgten, ergab sich allgemein ein Zurückströmen eigener Staatsangehöriger, denen das Verbleiben im Ausland unmöglich gemacht worden war. Die amtlichen Statistiken zeigen, dass die Zahl der berufstätigen Ausländer in den letzten Jahren überall in Europa zurückgegangen ist. Nur zu einem kleinen Teil ist dieser Rückgang durch Einbürgerung von Ausländern veranlasst, zum weitaus grössten Teil jedoch durch Rückwanderung nach ihren Heimatländern.

Die Wanderung Arbeitsloser von einem europäischen Land nach einem andern ist gegenwärtig so gut wie unmöglich. Die Zulassung fremder Arbeitskräfte wird selbst dort gewöhnlich nicht erlaubt, wo sich bereits ein Mangel an bestimmten Facharbeitern zeigt, wie z. B. im Baugewerbe und in der Maschinenbauindustrie Grossbritanniens. Als im Sommer 1935 einige schweizerische Spezial-Arbeiter die Erlaubnis zur Stellenannahme in englischen Maschinenfabriken erhielten, wurde von den Gewerkschaften und dem «Daily Herald», der Zeitung der Arbeiterpartei, sofort energisch gegen diese Abweichung vom Einwanderungsverbot protestiert.

Manche Länder Europas könnten zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit die *Innenkolonisation* betreiben. Als Beispiel sei nur Grossbritannien erwähnt, wo weite und fruchtbare Ländereien ungenutzt liegen oder nur auf recht primitive Weise genutzt werden. Bisher ist es aber bloss in seltenen Fällen gelungen, Arbeitslose in kleiner Zahl auf ländlichen Heimstätten anzusiedeln. In der Schweiz ist ebenfalls noch brachliegender Boden für Innenkolonisation verfügbar. Näheres hierüber findet man in dem Geschäftsbericht für 1934 der Schweiz. Vereinigung für Innenkolonisation. Beachtenswert ist auch der Vorschlag von J. B. Rusch (Nationalzeitung vom 13. Juli 1935), der auf die Schaffung von Schweizer Siedlungen in Südfrankreich abzielt. Fraglich bleibt allerdings, ob ein derartiges Siedlungswerk geeignet sein könnte, die Arbeitslosigkeit in Industrie und Handel nennenswert zu vermindern, also in den Wirtschaftszweigen, wo sie am drückendsten empfunden wird.

Noch mehr gilt diese Ueberlegung hinsichtlich der Auswanderung nach *U e b e r s e e*. Für die Siedlung auf überseeischem Neu-land kommen vor allem Leute in Frage, die sich auf den Betrieb der Landwirtschaft verstehen, die ausserdem die nötigen Geldmittel und ein gutes Anpassungsvermögen besitzen. Sie müssen allen erdenklichen Schwierigkeiten und Gefahren gewachsen sein und dürfen ein rauhes Leben nicht scheuen. Ueberseesiedler sollten hauptsächlich auf Selbstversorgung eingestellt sein, weil die Pro-

duktion für den Weltmarkt gegenwärtig ein viel zu grosses Risiko in sich schliesst. Es gibt noch Länder, wo die Ansiedlung von Selbstversorgern möglich ist, wenn man auch bezüglich der Aufnahmefähigkeit überseeischer Gebiete nicht so sehr optimistisch sein darf wie z. B. Felix Moeschlin in seiner Schrift « Weltkolonisation, Auswanderung ».

Arbeitslose Industriearbeiter werden sich gewöhnlich nicht als Siedler eignen und auch nicht über das nötige Geld verfügen. Doch würde die Ausdehnung des Landwirtschaftsbetriebes in Uebersee mittelbar den Vorteil bringen, dass der Bedarf an Industrieprodukten zunimmt. Ob diese eingeführt oder an Ort und Stelle erzeugt werden, ist im Grunde gleich. Jedenfalls eröffnen sich mit der Bedarfserweiterung neue Beschäftigungsmöglichkeiten für industrielle und kaufmännische Arbeitskräfte.

Die besten Aussichten, durch Auswanderung den heimatlichen Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollten in den Staaten mit eigenen Kolonien vorhanden sein. In Wirklichkeit zeigt sich jedoch, dass sowohl in Frankreich wie in Grossbritannien, die den grössten Kolonialbesitz haben, die Auswanderung nach den Kolonien recht wenig umfangreich ist.

Bei den Erörterungen über die Auswanderungsfrage ist ein Umstand bisher allzuwenig berücksichtigt worden. Es ist unbestreitbar, dass die Auswanderungsbereitschaft beeinträchtigt wird durch den grossen Unterschied in der Lebenshaltung und im sozialen Schutz der Arbeiter einerseits in Europa und andererseits in Uebersee. Die Auswanderer müssten auf die Wohltaten des gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenschutzes so gut wie ganz verzichten, denn die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder sind auch in ihren sozialen Einrichtungen rückständig. Zwar wurde 1919 die Internationale Arbeitsorganisation geschaffen, um gewisse Grundsätze sozialen Rechts überall durchzusetzen. Diese Aufgabe begegnet grossen Schwierigkeiten, und die Angleichung des Arbeiterschutzes der Ueberseeländer an europäische Normen wird in absehbarer Zeit kaum gelingen. Selbst wo ausserhalb Europas Arbeiterschutzgesetze erlassen wurden, sind sie zu 90 Prozent auf dem Papier stehen geblieben und nicht in die Praxis umgesetzt worden.

Die Vorteile der modernen Sozialgesetzgebung haben die europäischen Arbeiter bodenständiger gemacht, als sie früher waren. Wer auswandert, hat nicht nur dieser Vorteile zu entraten, er hat ausserdem auf viele Annehmlichkeiten zu verzichten, die wir gewohnt sind, als Selbstverständlichkeiten zu betrachten. Die Wohnweise in Uebersee ist viel einfacher als besonders in West- und Nordeuropa. Ebenso mangelt in Uebersee oft die Gelegenheit, die Freizeit so angenehm und sinnvoll zu nutzen, wie es in der Heimat möglich ist. Weit aus die meisten Menschen, die unter der Krise leiden, werden es vorziehen, sich einzuschränken und sogar eine Zeitlang die Nöte der Arbeitslosigkeit zu ertragen, als auszuwandern, einem ungewissen Schicksal in der Ferne entgegenzugehen.

Durch Auswanderung könnte die Arbeitslosigkeit in Europa — auch in der Schweiz — nur in einem verhältnismässig geringen Masse vermindert werden. Der grossen Mehrzahl der Arbeitslosen kann nur durch eine grosszügige wirtschaftliche Aufbaupolitik geholfen werden. Zweifellos hätte die Erde noch Raum für mehr Menschen als heute auf ihr leben. Aber das Wirtschaftschaos unserer Zeit hat zur Folge, dass Millionen Menschen « überflüssig » sind, d. h., dass ihre Arbeitskraft nicht gebraucht wird.

Wirtschaft.

Die Konjunktur im dritten Vierteljahr 1935.

Die internationale Wirtschaftslage stand im dritten Quartal stark unter der Einwirkung des Kriegsausbruches in Ostafrika und der damit in Zusammenhang stehenden Rüstungen. Für verschiedene Welthandelswaren sind namhafte Preissteigerungen eingetreten; so hat Weizen seit Ende Juni um 33 Prozent, Rohseide um 46 Prozent und Zucker um 6 Prozent im Preise angezogen. Auch Metalle zeigen steigende Tendenz, wenn auch in geringerem Ausmasse. Andere Rohstoffe sind dagegen etwas gesunken, wie Baumwolle, Gummi. Es ist also keine einheitliche Hausse vorhanden, und man darf die Bedeutung der Preissteigerung nicht überschätzen. Immerhin deutet sie an, dass die Marktlage viel günstiger ist als vor ein bis zwei Jahren. Es sind für die meisten Waren keine abnormal hohen Vorräte mehr vorhanden, so dass ein anhaltender Rüstungs- oder gar Kriegsbedarf eine tatsächliche Hausse auslösen kann. Die währungspolitische Lage hat sich seit dem Juni beruhigt. Selbst die Goldländer blieben von spekulativen Angriffen fast völlig verschont. Doch ist für sie diese Beruhigung nur äusserlich; die Kreditanspannung hält an, und die Zinssätze steigen in allen drei Staaten des Goldblocks. Die Produktion hat sich in derselben Richtung weiter entwickelt wie im letzten Quartal. Sie steigt an in den Ländern mit abgewerteter Währung und sinkt in den Ländern des Goldblocks. In Amerika ist die Beunruhigung, die die Aufhebung der NIRA zuerst auslöste, relativ gut überwunden worden und die anhaltend festen Börsen zeigen, dass vorläufig mit einer Fortdauer der ansteigenden Konjunktur gerechnet wird.

Die Wirtschaftslage der Schweiz hat sich weiter verschlechtert. Namentlich der Niedergang der Bautätigkeit zieht immer grössere Kreise. Die Preis erhöhungen, die teilweise durch den Weltmarkt auch bei uns ausgelöst wurden, haben bisher nicht vermocht, eine Aenderung herbeizuführen. Der Export hat erstmals seit längerer Zeit einen erheblichen Rückschlag erlitten und steht wertmässig 8 Prozent unter dem Vorjahre. Einzig der Fremdenverkehr wurde in den Sommermonaten durch eine leicht erhöhte Frequenz begünstigt. Die allgemeine Verschlechterung kommt namentlich in der ständig steigenden Arbeitslosenkurve zum Ausdruck.

Der Kapitalmarkt blieb vorläufig verschont von weiteren Angriffen auf den Franken. Wenn es richtig gewesen wäre, dass die Kriseninitiative die Kreditanspannung des Frühjahres verursacht habe, so hätte nun eine Erleichterung Platz greifen müssen. Das Gegenteil war der Fall. Der private Wechsel diskont (Zinsfuss für Wechselkredit), der vorher lange Zeit durch die Bankier-